

AZ-WEB.DE – Aachener Zeitung

Rund 800 Eltern, Erzieher und Kinder demonstrieren

Von unseren Redakteuren Thorsten Karbach und Matthias Hinrichs | 12.06.2007, 19:45

Aachen. Christine Peters versteht die Welt nicht mehr. Deswegen schiebt sie an diesem Tag ihren Kinderwagen über die Straße. Und sie ist nicht allein.

Die Polizei spricht von rund 800 Eltern, Erzieherinnen und Kindern, die ihrem Unmut über das geplante Kinderbildungsgesetz «KiBiz» - wir berichteten - Luft machen. Es sind Menschen wie Christine Peters, die die Zukunft ihrer Kinder in Frage gestellt sehen. Deswegen demonstrieren sie. «Irgend etwas müssen wir tun», sagt die Mutter von vier Kindern.

Felix und Rosalie gehen schon in die Schule, Wilma und Klara in den Kindergarten. «Es wird immer geschrien 'Kinder braucht das Land', und dann wird immer nur gekürzt», ärgert sie sich. Und fügt hinzu: «Das, was bei den Kleinen gespart wird, zahlt man später drauf.»

Ob Mogelpackung, Treppenwitz oder Kuckucksei - die Worte, mit denen die Demonstranten das «KiBiz» bezeichnen, sind keineswegs freundlich. Die Leiterin einer städtischen Einrichtung spricht offen über die Folgen: «So werden Kindergärten zu Verwahranstalten. Hier wird etwas entschieden, ohne Fachleute gefragt zu haben.»

Diese Fachleute haben den Glauben an die Landesregierung - insbesondere den zuständigen Minister Armin Laschet - verloren. «Hier werden Kitas zerstört», schimpft Claudia Musso, deren Kind die Einrichtung «Kind und Kegel» in der Bismarckstraße besucht.

Eine Modellrechnung der Stadt Aachen ergibt, dass das neue Gesetz bei den meisten Trägern zu erheblichen finanziellen Einbußen führen wird. Dann würden freie Träger wie die Arbeiterwohlfahrt im schlimmsten Fall pro Jahr rund 1,69 Millionen Euro weniger Zuschüsse erhalten.

Bei Elterninitiativen würde das Minus bei 1,7 Millionen Euro liegen. Lediglich die kirchlichen Träger könnten mit einer Erhöhung um 1,09 Millionen rechnen. «Wir könnten unsere altersgemischte Gruppe definitiv nicht aufrecht erhalten», sagt Musso von «Kind und Kegel» - einer bislang sehr erfolgreichen Elterninitiative.

Für die Stadt Aachen ist klar: Die nicht-kirchlichen Träger der Tageseinrichtungen, also letztlich die Eltern selbst, müssten für Betreuung ihrer Kinder tiefer in die Tasche greifen. Viel tiefer. «Wir fühlen uns allein gelassen», sagt Christine Peters und bläst in eine Trillerpfeife.

An diesem Tag ist sie nicht allein. Es ist bemerkenswert, wie rasch die Eltern mobilisiert wurden. Binnen weniger Tage hatten die Initiative für kinderfreundliche Politik, die Arbeitsgemeinschaft «Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege», die Regionalkonferenz der Elterninitiativ-Kindergärten Stadt und Kreis Aachen, der Stadtelternrat und die Gewerkschaft Verdi die Demonstration organisiert. Mit 800 Teilnehmern hatten sie nicht gerechnet.

«Fantastisch. Das ist ein ganz klares Signal. Da kann man nicht wegsehen», kommentiert Bürgermeisterin Hilde Scheidt (Grüne), die den Zug vom Jugendamt an der Mozartstraße bis zum Willi-Brandt-Platz begleitet. Spätestens nach der Sommerpause werde die Stadt eine Resolution gegen das Gesetz an das Land geben.

Über Karmeliterstraße, Elisenbrunnen und Adalbertstraße hat sich der Demonstrationzug seinen Weg gebahnt. Passanten bleiben stehen, lesen die Plakate. «Kinder sind unsere Zukunft» steht auf

einem. «Bildung geht baden» auf einem anderen. Bei der Abschlusskundgebung spricht Katja Juschka vom Stadt Elternrat. Sie fasst die Forderungen der Eltern nach flexibler Betreuung und geschultem Personal zusammen.

Sie blickt in die Runde, freut sich über die Resonanz. «Wir demonstrieren heute Einigkeit. Einigkeit in dem Wunsch um bessere Betreuungsmöglichkeiten und Bildungschancen für unsere Kinder», sagt sie. «KiBiz» sei das Gegenteil. Der Spruch auf dem Schild eines blonden Jungen bleibt haften: «So nicht, Herr Minister.»

www.az-web.de/sixcms/detail.php?template=az_detail&id=217997